

Dumanitätsgesicht und den wohlgeformten Friedensteden. Cecil's Weisheit war, daß sich Deutschland wie Frankreich an den Genfer Pakt halten sollten, nur so würde man weiter kommen. Genau so hat Herriot in seiner Rede und Simon in seiner Rede gesprochen, und auch Cecil, der gefeierte Völkerbundsgreis, verlangt also eine Kapitulation Deutschlands vor Genf. Während diese Redner Herriot mehr bestätigten als widerlegten, während man in wohlgeformten Genfer Kreisen auf ein Stichwort wartete, sah der deutsche Reichsaussenminister im D-Zug nach Berlin, und niemand weiß, ob und wann er wiederkehrt. Deutschland hat, wenn wir uns recht entsinnen, seine Arbeit in der Abrüstungskonferenz vorläufig eingestellt, nicht aber im Völkerbund. Es sollte die Wirkung dieser Distanzierung zunächst abwarten und inzwischen im Völkerbund am so entschlossen aufzutreten. Die Zeit, sich auch vom Völkerbund zu distanzieren, ist u. G. noch nicht gekommen und wird nicht kommen, wenn Deutschland keine einzigartige Stellung in der Abrüstungsfrage nur mit dem bescheidensten Maß an Geschicklichkeit ausmacht. In Möglichkeiten bestehen zur Distretierung und Mattelehung Frankreichs, — niemand hat uns gezwungen, gerade die hundertste zu ergreifen, aus der Frankreich faktisch und moralisch als Sieger hervorgeht. Man ist in Genf umeinander herumgegangen, und man fährt jetzt in Expresszügen umeinander herum. Auf solche Weise hat Tardieu im April geglaubt, den Genfer Verhandlungen ausweichen zu können, ohne daß ihm dies genügt hätte. In Deutschlands Distanzierung darf nicht gerüttelt werden, aber es sollte auch nichts geschehen, um die Ausbahnung von Unterhandlungen unmöglich zu machen, auch wenn das Gespräch Neurath-Simons keineswegs günstige Aussichten eröffnet hat.

Wir hätten beinahe in diesen Tagen einen Ministerwechsel im englischen Außenministerium erlebt. Rechtsanwalt John Simon, der Verfasser der Gleichberechtigungsnote, ist Liberaler und, wie bekannt, sind seine Parteifreunde Samuel und Sinclair aus Opposition gegen das Wirtschaftsprogramm der nationalen Regierung aus dem nationalen Kabinett MacDonald ausgeschieden. Man redet offiziell nur von Hochschulzöllen und der Konferenz von Ottawa. Aber man darf doch auch die Meinung verschiedener Blätter begründet finden, daß für den Entschluß der beiden liberalen Minister zur Demission die neue Wendung der englischen Außenpolitik entscheidend gewesen ist. Herbert Samuel hat in Lausanne wie in Genf immer mehr der Politik MacDonalds zugeneigt, als der frankophilen Haltung John Simons. Die Opposition gegen John Simon in der Presse seit der Londoner Note ist nicht im Wachsen, und wäre MacDonald lähnen gewesen, so hätte er die englische Kabinettsliste benutzt, um sich einen neuen Außenminister zu suchen. Es ist nicht dazu gekommen, vielleicht, weil es MacDonald angeht, die englischen Stimmungsvorschläge in den Kreisen der Konservativen noch schwerer gewesen wäre, einen geeigneten Außenminister ohne antideutsche Ressentiments zu finden. MacDonald hat sein Kabinett der nationalen Front über die erste, schwere Krise hinweggerettet, die ziemlich genau ein Jahr nach ihrer Bildung in dem Augenblick einsetzte, wo die Krisengefahr überwunden scheint, ohne doch schon einer Konsolidierung Platz zu machen. MacDonald trägt also weiterhin die Verantwortung für eine Außenpolitik, deren Unfähigkeit und Frankophilie die deutsch-französische Abklärung verschärft und die Schiedsrichterrolle Englands, die gerade in diesem Augenblick besonders notwendig wäre, erschwert.

Kein Burgfriede beabsichtigt

Berlin, 30. September.

In einigen Blättern war davon die Rede, daß die Preussische Staatsregierung die Absicht habe, bei der Reichsregierung die Verhängung eines neuen politischen Burgfriedens anzuregen. Wie wir von unterrichteter preussischer Seite erfahren, ist eine solche Anregung weder gegeben worden, noch ist sie beabsichtigt.

Die Kabinettsitzung am Donnerstag

Berlin, 30. September. (E. M.)

Wie wir erfahren, beschäftigte sich das Reichskabinett am Donnerstag neben dem Vortrag des Reichsaussenministers über die außenpolitische Lage mit einer Reihe innerpolitischer Fragen. Dabei behandelte es u. a. die Auffüllung bestimmter Richtlinien für die Laufbahn der Beamten, ein Thema, das nun in absehbarer Zeit zu einer Regelung gebracht werden soll. Außerdem spielen bei den Beratungen Fragen der Verwaltungsreform eine Rolle und zwar Organisationsmaßnahmen, wie sie der Reichskanzler in seiner Rundumrede bereits angekündigt hat. 1. Die Verhandlungen hierüber gehen weiter; zunächst werden sich Resolutionsbesprechungen über die Einzelheiten anschließen. Ferner hat sich das Kabinett mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm beschäftigt, das der Präsident des Landgemeindeförderungsausschusses, Landrat Dr. Gerde, vor einigen Wochen bei der Reichsregierung angetragen hat. Es handelt sich dabei um die Aufhebung von fünfzig Gemeindeförderung für eine zusätzliche Vermehrung der Arbeit.

Papen spricht in Paderborn

emb. Berlin, 30. September. (E. M.) Reichskanzler von Papen wird am 16. Oktober in Paderborn vor Vertretern der westfälischen Industrie sprechen.

Der getarnte Freidenker-Verband

Berlin, 30. September. (E. M.) Eine Durchsicht der Büroräume der Volkshilfe mit Bekämpfungsfürsorge bestätigte den von den Polizeibehörden erhobten Verdacht, daß der Verband der Reichspräsidenten aufgelöste Verband proletarischer Freidenker im Geheimen weiterbestanden hat, und daß die Organisation der Volkshilfe lediglich eine Tarnung für den verbotenen Verband gewesen ist. Die Büroräume der Volkshilfe wurden geschlossen und das dort vorgefundene Material beschlagnahmt.

* Der Herr Reichspräsident hat dem Präsidenten der Griechischen Republik anlässlich des Erdbebens in Athen telegraphisch seine herzliche Anteilnahme zum Ausdruck gebracht.

* Wolfgang von Gronau ist zum Ehrenbürger von Manila ernannt worden. Gronau beabsichtigt, seinen Flug von jetzt ab in etwas kürzeren Etappen durchzuführen und hofft am Sonnabend in Taraka zu sein.

Kürzung der Herbstferien

Dafür Verlängerung der Weihnachtsferien — Ein sächsischer Schulerlaß

Regelung örtlich verschieden

Dresden, 30. September.

Wie die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz von zuständiger Stelle erfährt, hat das Volksbildungsministerium die höheren Schulen und die Bezirkskollegien ermächtigt, den Ausfall oder die Verkürzung der Herbstferien gegen eine entsprechende Verlängerung der Weihnachtsferien auf Antrag zu genehmigen, wenn diese zur Erparung von Heizkosten für die Schulen erforderlich ist. Diese Regelung gilt ferner auch für die gewerblichen Schulen. — In Chemnitz hat das Schulamt schon entschieden, daß die Herbstferien verkürzt werden sollen. Zum Ausgleich sollen die Weihnachtsferien um 6 Wochentage verlängert werden.

Wie wir hierzu erfahren, besteht beim sächsischen Schulamt Dresden nicht die Absicht, von der Ermächtigung Gebrauch zu machen.

Eine reiche Speisekarte

Die Tagesordnung für den Sächsischen Landtag am 18. Oktober Dresden, 30. September.

Auf der Tagesordnung der nächsten Landtagsitzung am 18. Oktober stehen folgende Punkte: Nationalsozialistischer Antrag auf Einleitung einer Sanktion zugunsten der Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner, der Kriegsbeschädigten usw. sowie wegen des Schutzes des sächsischen Ex-

ports; kommunistischer Antrag zum gleichen Gegenstand; sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der Rotverordnungen vom 4. September wegen des Lohnabbaus; kommunistischer Antrag zum gleichen Gegenstand; sozialdemokratischer Antrag auf Zurücknahme der Anweisung des Innenministeriums an die Polizeibehörden wegen der politischen Einstellung der dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angeschlossenen Vereinen sowie gegen eine etwa beabsichtigte weitere Kürzung der Beamtenegehälter; endlich kommunistische Anträge wegen der Zahlung der Beamtenegehälter und auf Vorverlegung des Termins der Gemeindevahlen auf den 6. November 1932.

Termin der Gemeindevahlen

Dresden, 30. September.

Der Termin für die Gemeindevorwahlen ist gesetzlich durch die Gemeindeverordnungsverordnung festgelegt. Danach finden die Wahlen für alle Gemeinden am 3. Sonntag des November, falls dieser aber der Totensonntag ist, am 2. Sonntag statt. Der diesjährige gesetzliche Wahltermin ist deshalb der 13. November. Auf eine andere Zeit verlegt werden kann der Wahltag durch ein vom Landtag zu beschließendes Gesetz oder wenn der Landtag nicht verkommt, durch eine von der Regierung zu erlassende Rotverordnungsverordnung, die nachträglich der Genehmigung des Landtags bedarf. Bei der Regierung liegt kein Ansuchen dafür vor, daß für eine Verlegung im Wahltag eine Mehrheit vorhanden wäre.

Ugrar-Molterordnung veröffentlicht

Berlin, 30. September.

Im Reichstagsgesetzblatt vom 20. September 1932 werden die Verordnungen des Reichspräsidenten über das landwirtschaftliche Vermittlungsverfahren, den Vollstreckungsschutz und Pächterschutz, sowie über die Zins-erleichterung für den landwirtschaftlichen Realcredit veröffentlicht.

Die Verordnung über das Vermittlungsverfahren und den Vollstreckungsschutz und Pächterschutz gliedert sich in drei Kapitel. Das erste behandelt das Vermittlungsverfahren für Schuldregelung landwirtschaftlicher Betriebe. Der Inhaber eines landwirtschaftlichen, (forstwirtschaftlichen, gärtnerischen) Betriebes, der infolge seiner Zahlungsverpflichtungen außerstande ist, seinen Betrieb bis zur Beendigung der Ernte 1933 ordnungsmäßig aufrechtzuerhalten, kann beim zuständigen Amtsgericht die Eröffnung eines Vermittlungsverfahrens zur Herbeiführung der Schuldregelung beantragen. Das Gericht kann alle geeignet erscheinenden Ermittlungen vornehmen und soll über den Antrag die amtliche Beauftragung des Handels und der Landwirtschaft oder besonders bestellte Personlichkeiten hören; es kann insbesondere verlangen, daß der Schuldner seine Angaben an Eidesstatt versichert. Bei Eröffnung des Vermittlungsverfahrens durch das Gericht wird durch dieses eine Vermittlungsperson bestimmt, die dem Gericht vom Schuldner vorgeschlagen werden soll. Nach Eröffnung des Vermittlungsverfahrens bis zur rechtskräftigen Beendigung sind Zwangs-

vollstreckungen auf Gegenstände des beweglichen Vermögens des Schuldners unzulässig. Auf Antrag des Betriebsinhabers kann das Gericht auch vor Eröffnung des Verfahrens die Zwangsvollstreckung mit oder ohne Sicherstellung bis zur Entscheidung über den Antrag einstellen. Falls eine Verständigung der Gläubiger und des Schuldners über einen Schuldentilgungsplan nicht zustande kommt, so kann ein gerichtlicher Vermittlungstermin beantragt werden. Ein vom Schuldner unterschriebener Schuldentilgungsplan ist diesem Antrage beizufügen. Der Schuldentilgungsplan ist angenommen, wenn alle gesicherten Gläubiger zustimmen sowie die Mehrheit der ungesicherten Gläubiger und die Gesamtschuldner der ungesicherten Forderungen, für welche die Zustimmung erteilt wird, mindestens zwei Drittel der ungesicherten Forderungen beträgt.

Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Zins-erleichterung für den landwirtschaftlichen Realcredit sieht vor, daß Zinsen einer Forderung, die durch eine Hypothek an einem landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Grundstück gesichert ist, soweit sie für die Zeit vom 1. 10. 1932 bis 30. 9. 1934 gesichert werden, um 2 Prozent herabgesetzt werden, jedoch nicht unter 4 v. H. Das gleiche gilt für die Hypothek. Die Zinsberabsetzung gilt nicht für solche Forderungen, die bereits in der Rotverordnungsverordnung vom 8. 12. 1931 unberücksichtigt geblieben sind, soweit der Grund für die Nichtberücksichtigung nicht lediglich darin bestand, daß der Zinssatz 6 Prozent nicht überstieg, oder daß die Forderung erst nach dem 8. 12. 1931 entstanden ist.

Turbinerförderung

auf dem italienischen Riesendampfer „Reg“

mit. Gibraltar, 30. September. Der neue italienische 61 000-Tonnen-Dampfer Reg traf heute früh um 2.30 Uhr im hiesigen Hafen mit fünfzehn Turbinen vor. Er hat eine Steuerung an den Turbinen erlitten. Gegenwärtig sind Doharbellier an Bord beschäftigt. Gerüchte sind im Umlauf, daß die Reparatur mehrere Tage in Anspruch nehmen dürfte. Der Einbruch, daß der Schaden erster Natur ist, wird durch das offizielle Stillschweigen noch verstärkt. An Bord des Riesenschiffes, von dem die Erbauer behaupten, daß es bei seiner ersten Fahrt einen neuen atlantischen Rekord aufstellen würde, befinden sich auch der amerikanische Vorkapitän in Rom und der frühere Oberbürgermeister von New York Walker. (Ein Bild des Riesendampfers befindet sich auf der letzten Seite des Innenblattes.)

Anschlag auf das Belarader Offizierskasino

mit. Belgrad, 30. September. Ein elegant gekleideter Mann übergab heute früh in der Nähe der Schiffstation einem Träger ein Paket mit dem Auftrage, es in das Offizierskasino zu tragen. In dem Augenblick, als der Träger das Offizierskasino betrat, explodierte das Paket, das eine Säulenmaschine enthielt. Der Träger und eine Aufwärmerin erlitten tödliche Verletzungen. Wie verlautet, soll auch ein Offizier verletzt worden sein. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur.

Eisbrecher Sibirjafoff in der Beringsstraße

mit. Moskau, 30. September. Der Eisbrecher „Sibirjafoff“, der trotz einer vor einigen Tagen erlittenen Havarie seine Nordlandreise fortsetzte, nähert sich jetzt dem Kap Deschnew, von dem er noch etwa 50 Meilen entfernt ist. In Kap Deschnew ist inzwischen aus Anlaß der Schleppe Dampfer Ufurluk eingetroffen, um den Eisbrecher in Schlepptau zu nehmen.

Kontingentierungskommission abgereift

Berlin, 30. September.

Die deutsche Kommission, die den Auftrag hat, einer Reihe von ausländischen Regierungen die Notwendigkeit der Kontingentierung der Einfuhr gewisser landwirtschaftlicher Erzeugnisse anzuzeigen, trat ihre Reise am Donnerstag an. Die Kommission steht unter der Führung von Ministerialrat Walter vom Reichsernährungsministerium; ihr gehören Geheimrat Wiesel vom Auswärtigen Amt und je ein Vertreter des Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministeriums an. Die Reise führt zunächst nach Brüssel, dann weiter nach dem Haag, nach Paris, Rom und Kopenhagen.

Bankgewerbe stimmt zu

Berlin, 30. September.

Der Vorstand und Ausschuss des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes e. V. nahm zu dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung Stellung. Man war einig in seiner Würdigung als einer mutigen, erfolgversprechenden Förderung der sich anbahnenden Wirtschaftsbelebung und eines verheißungsvollen Schrittes zur Eindämmung der Massenarbeitslosigkeit.

Scherl erwirkt einstweilige Verfügung gegen Goebbels-Boykott

Die 19. Kammer des Landgerichts I, Scherl, hat am Donnerstag auf Antrag der Firma August Scherl G. m. b. H. gegen den Herausgeber der Zeitung „Der Angriff“ und Geschäftsführer der NSDAP, Dr. Josef Goebbels, eine einstweilige Verfügung wegen des von ihm veröffentlichten Aufrufs und Parteibefehls mit Boykottmaßnahmen gegen die „bürgerliche nationale Presse“ erlassen. Der Vertreter der Firma August Scherl G. m. b. H. beantragte die einstweilige Verfügung mit der Begründung, daß der von Dr. Goebbels erlassene Aufruf und Parteibefehl Boykottmaßnahmen enthalte, die einen grolligen Verstoß gegen die guten Sitten bedeuteten. Die Maßnahmen verletzten den § 826 BGB, ferner auch § 1 und § 16 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb. Das Gericht hat daraufhin wegen Verstoßes gegen die guten Sitten und wegen unlauteren Wettbewerbs folgende einstweilige Verfügung erlassen:

In Sachen August Scherl G. m. b. H. Berlin, gegen

1. die Firma „Der Angriff“ G. m. b. H. in Berlin,

2. den Zeitungsherausgeber Dr. Josef Goebbels in Berlin wird aus Anlaß des erstmalig in Nr. 193 des „Angriff“ vom 24. 9. 1932 veröffentlichten Parteibefehls den Antraggegnern bei Bemeldung einer fiskalischen Geldstrafe bis zu 300 000 Reichsmark und einer fiskalischen Strafe bis zu sechs Monaten Haft für jeden Fall und Tag der Zuhälterhandlung unterlagt, Erklärungen zu veröffentlichen oder zu verbreiten oder veröffentlichten oder verbreiten zu lassen, welche einen wirtschaftlichen Boykott gegen die Antragstellerin enthalten oder boykottähnlichen Charakter tragen. Die Kosten des Verfahrens werden den Antraggegnern auferlegt.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten: Zeitweise auffrischende Winde vorwiegend aus Richtungen um Südwest. Nur vorübergehend stärker bewölkt, vielfach Nebel. Temperaturverhältnisse nicht beträchtlich verändert. Neigung zu gemäßigten Störungen.

Wenn teilung er...
leicht ein...
die merk...
nen Jah...
gehörten...
und ein...
Dichter...
darf das...
zu wollen...
Jahren...
daher die...
ren verlor...
liche Gefü...
langer Kre...
aufgab, ha...
stehen Kör...
Ende gekü...
sein, in sei...
lein wird...
dieser Ab...
Paul...
dorf im S...
die Borfah...
daher er...
vaters (H...
mader was...
bung gesch...
Saugpumpe...
tigen Güte...
Annahme...
zu mach...
Allerdings...
wie er coo...
haben eine...
Tage würd...
falschlich...
Schule nie...
Sohn Augu...
seiner Ver...
wir darübe...
langen und...
Führmann...
hohe Wölb...
heiten die...
waren alle...
Heider, Le...
Werd.“ —
Er lernt d...
deshalb b...
keine Geg...
die Schül...
Kerni bean...
einen Leh...
er sehr tüc...
sein auf de...
heit 1855...
hätte. Die...
mit, des...
hatt. —
Festberor...
dem Erich...
Went eine...
Keller Ger...
gcher Hatt...
bern. Pol...
wunter“ (U...
binten Re...
zulammen...
Lehrerher...
transförm...
aufzucken...
heiterlich

Um so...
können, be...
Gustafsen...
literarisch...
Paul Kelle...
aufschrieb...
bevor sie...
wurden. 2

Uel...
„Spr...
hat, besa...
Die...
kennt man...
redet. Mo...
Der Volk...
zweite...
das Tem...
Der...
fell“. Al...
Spracher...
hen“. De...
zur Haupt...
beim Spre...
kahn, daß...
schön. Die...
beffen, der...
Tonfall...
den, der...
gen Weite...
Das Flach...
menweid...
dem abge...
den multif...
doppelt...
Dieser...
einen eigen...
nicht selten...
Lauffer...
haben jene...
gang im...
heimrat...
Leipzig...
Colleg bet...
sonst schwe...
lich angeleg...
des Laufes